

AKUT VOM ABRISS BEDROHT: DIE WOHNANLAGE ZERBSTER STRASSE



Die Wohnanlage in Leipzig-Eutritzsch wurde 1923 nach Plänen von Alfred Liebig (1878 - 1952) errichtet. Liebig, ein bedeutender Leipziger Architekt und unter anderem Erbauer des Messepalastes Petershof, steht mit seinem Werk am Übergang vom Historismus zur Frühmoderne. Die denkmalgeschützte Siedlung in der Zerbster Straße mit insgesamt 175 Wohnungen weist typische Gestaltungsmerkmale des Expressionismus auf und ist ein früher Vertreter der stadtbildprägenden und architektonisch wertvollen kommunalen Wohnungsbauten der Zwischenkriegszeit. Die Wohnanlage befindet sich in konsolidiertem Umfeld in Nachbarschaft zu weitgehend sanierten Siedlungen der gleichen Epoche und bildet mit diesen zusammen ein eindrucksvolles Ensemble.

Die substantiell völlig intakte Wohnanlage, die sich im Besitz der LWB, einer zu 100% stadteigenen Gesellschaft befindet, soll nach sukzessiver Entmietung und jahrelanger Vernachlässigung mit Zustimmung der städtischen Behörden - auch des Denkmalschutzes - abgerissen werden. Der Abriß soll mit Mitteln des Programms „Stadtumbau Ost“, also aus Steuergeldern, finanziert werden. Die LWB erhält bei einer „Abrißprämie“ von 60 € pro Quadratmeter Wohnfläche, eine Summe, die die tatsächlichen Abrißkosten deutlich übersteigen wird. Zudem werden bei einem Abriß eventuelle Altschulden erlassen. Ob Verkaufsabsichten ernsthaft verfolgt wurden, darf daher bezweifelt werden.

DIES WÄREN DIE KONSEQUENZEN:

- Der stadträumliche Zusammenhang würde durch den Verlust der Raumkanten an der Theresien- und Wittenberger Straße zerstört. Die verbleibende Brachfläche würde zur Verschlechterung des Wohnumfeldes führen.
- Ein weiteres Zeugnis der Baukultur Leipzigs von unbestreitbarem Rang würde aus dem Stadtbild gelöscht. Die Kritik großer Teile der Bevölkerung an der Perforations- und Abrißpolitik der vergangenen Jahre würde erneut ignoriert.
- Die öffentliche Hand müßte Kosten für die erforderliche Freiflächengestaltung und deren dauerhaften Unterhalt übernehmen.
- Die Kosten für die vorhandene Infrastruktur würden künftig auf weniger Nutzer umgelegt, für den einzelnen steigt folglich die Belastung.
- Die Möglichkeit, günstigen Wohnraum in zentraler Lage zur Verfügung zu stellen - ein erklärtes Ziel der Stadt Leipzig, mit dem kommunales Wohneigentum stets legitimiert wird - würde vertan.